

## **Antrag**

der Fraktion CDU

### **Offensive für studentisches Wohnen – Endlich mehr bezahlbaren Wohnraum für Studierende schaffen!**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, der anhaltenden Wohnungsnot von Berliner Studierenden mit einem Bündel an Maßnahmen zu begegnen und die landesseitigen Anstrengungen zur Schaffung zusätzlicher Wohnplätze zu verstärken. Um die Versorgungsquote mit studentischem Wohnraum deutlich zu erhöhen, ist der Senat aufgefordert:

- einen Zeitplan vorzulegen, aus dem hervorgeht, bis wann die vom Senat bereits 2015 beschlossenen 5.000 zusätzlichen Wohnplätze endlich bezugsbereit sind sowie
- fortan jährliche Zielzahlen neu zu schaffender Wohnplätze festzulegen und halbjährlich unter Berücksichtigung der Bedarfsentwicklung und Prognose über die baulichen Fortschritte und etwaige Hindernisse zu berichten;
- Möglichkeiten zur Entbürokratisierung von Genehmigungsverfahren auszuloten;
- das Potenzial der durch Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen kurzfristig zu reaktivierenden Plätze in bestehenden Wohnheimen prioritär auszuschöpfen;
- eine Koordinierungsstelle studentisches Wohnen beim Studierendenwerk einzurichten;
- unter Federführung der zuständigen Senatsverwaltungen sowie aller relevanten Akteure (Bezirksverwaltungen, Hochschulen, WBG, Berlinovo, BIM, BimA, Studierendenwerk) einen runden Tisch studentisches Wohnen ins Leben zu rufen, um zusätzliche Flächen bzw. Liegenschaften zu identifizieren und
- die Versorgungsquote mit studentischem Wohnraum somit mittelfristig von derzeit 5,56 Prozent auf mindestens den bundesweiten Durchschnitt von 10 Prozent anzuheben.

### ***Begründung***

Berlin ist einer der beliebtesten Studienstandorte. Rund 200.000 Studierende sind derzeit an den hiesigen Universitäten und Hochschulen eingeschrieben. Sie verdienen möglichst optimale Ausbildungs- und Studienbedingungen, zu denen auch ein ausreichendes und attraktives Angebot an bezahlbarem Wohnraum zählt. Doch während die Versorgungsquote mit studentischem Wohnraum im bundesweiten Durchschnitt bei rund 10 Prozent liegt, kommt Berlin gerade einmal auf eine Quote von 5,56 Prozent. Seit Jahren befinden sich mehrere tausend Studierende auf der Warteliste des Studierendenwerks für einen Wohnheimplatz. Zum Start des aktuellen Sommersemesters 2022 waren es 3.282.<sup>1</sup>

Bereits 2013 hatte der Senat bis 2020 mindestens 5.000 zusätzliche Wohnplätze für Studierende in Aussicht gestellt. 2.500 Plätze sollten laut Senatsbeschluss Nr. S-468/2015 vom 28. Juli 2015 durch die städtischen Wohnungsbaugesellschaften (WBG) und 2.500 Plätze durch die Berlinovo Immobilien Gesellschaft mbH geschaffen werden. Doch bis Anfang 2022 wurde mit 2.417 fertig gestellten Plätzen noch nicht einmal die Hälfte umgesetzt. Der Senat hat sein selbstgestecktes Ziel damit verfehlt. Leidtragende sind die Berliner Studierenden, die sich auf einem eh schon hart umkämpften Wohnungsmarkt nur schwer durchsetzen können. Gerade im Hinblick auf mehr Chancengerechtigkeit beim Hochschulzugang besteht hier dringender Handlungsbedarf. Denn eine verlässliche Studienfinanzierung und bezahlbarer Wohnraum sind gerade für Studierende aus einkommensschwachen Familien oftmals ein wesentliches Entscheidungskriterium für oder gegen die Aufnahme eines Studiums und eine akademische Ausbildung.

Selbst wenn in den kommenden Jahren zusätzliche finanzielle Mittel seitens des Bundes für studentisches Wohnen bereitgestellt werden, sind landesseitig, über finanzielle Zuwendungen hinaus, dringend weitere Anstrengungen erforderlich, um dem steigenden Bedarf an bezahlbarem Wohnraum perspektivisch auch gerecht zu werden. Neben einer engeren Abstimmung zwischen den beteiligten Akteuren müssen Maßnahmen ergriffen werden, um Planungs- und Bauprozesse zu beschleunigen, zusätzliche Flächenpotenziale zu identifizieren und Genehmigungsverfahren zu entschlacken. Darüber hinaus sollten Renovierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen priorisiert werden, um bereits vorhandene Plätze zu reaktivieren. Die Studierenden in unserer Stadt verdienen optimale Rahmenbedingungen.

Berlin, 02. August 2022

Wegner Grasse Prof. Dr. Pätzold  
und die übrigen Mitglieder  
der Fraktion der CDU

---

<sup>1</sup> Vgl. Schriftliche Anfrage, Drs. 19 / 11 757